

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Wahlen in Kashmir: Votum für Frieden?

Nur selten hatten Wahlen in Kashmir ein so eindeutiges Ergebnis und war sich die indische Öffentlichkeit in der Einschätzung dieser Ergebnisse so einig, wie bei den Wahlen zum Landesparlament im vergangenen September. Eindeutiger Wahlsieger ist die 'Jammu and Kashmir National Conference', kurz N.C., unter Farooq Abdullah, der Anfang Oktober als neuer 'Chief'-Minister von Jammu und Kashmir vereidigt wurde. Für Harkishan Singh Surjeet, dem Generalsekretär der 'Communist Party of India, Marxist' (CPI (M)), sind diese Wahlen eine eindeutige Demonstration der Bevölkerung Jammu und Kashmirs für Frieden und eine Beendigung der nun beinahe zehn Jahre andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen. Als wohl entscheidender Faktor für den Wahlerfolg der 'National Conference' wird das Versprechen der neuen Zentralregierung unter Deve Gowda angesehen, dem Bundesstaat "größtmögliche Autonomie" zu gewähren. Die Wahlen für die Zentralregierung im Sommer diesen Jahres, hatte die N.C. noch boykottiert, weil die bis dahin regierende 'Congress'-Partei keinerlei Zugeständnisse machen wollte.

Überraschend schlecht schnitt die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) bei diesen Wahlen ab, von der man zuvor erwartet hatte, daß sie zumindest einen großen Teil der Wählerstimmen in der von einer Hindumehrheit dominierten Jammu-Region für sich gewinnen konnte. Daß die Partei hier jedoch nur vier Parlamentssitze erobern konnte und je zwei Sitze der 'Janata Dal' bzw. der 'Bahujan Samaj Party' überlassen mußte, gilt als Zeichen dafür, daß die Menschen in der als BJP-Hochburg geltenden Region die kommunalpolitischen Schachzüge der BJP durchschaut haben, mit der diese Hindus und Muslime gegeneinander ausspielen wollte. Deutlich wird hier auch, daß der Konflikt um Kashmir niemals vor allem ein religiöser Konflikt zwischen diesen beiden Religionsgemeinschaften gewesen ist, sondern sich zunächst und vor allem um die Frage des Verhältnisses der Indischen Union zu Jammu und Kashmir drehte. Es geht um die Frage des Status von Jammu und Kashmir innerhalb der Indischen Union und den Grad der Autonomie, den der Bundesstaat erhalten kann.

Politisches Patt in Uttar Pradesh

Die siegesgewisse 'Bharatiya Janata Party' (BJP) verlor bei den Wahlen in Uttar Pradesh ihr selbstgestecktes Ziel einer absoluten Mehrheit. Gegenüber der Lok-Sabha Wahl vor wenigen Monaten, ging ihr Stimmenanteil um etwa 1,5 Prozent zurück. Damit sank die Zahl ihrer Abgeordneten im Landesparlament des bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaates von 221 in 1991 auf nunmehr nur 174.

Die "Ram-Karte", das heißt der Bau eines Tempels zu Ehren des Hindu-Gottes Lord Ram in Ayodhya, stach nicht und verfehlte ihre Wirkung, die Wähler emotional zu mobilisieren. Im Distrikt des hinduistischen Pilgerzentrums von Haridwar verlor die BJP drei Parlamentssitze an die 'Samajwadi Partei' (SP) und die 'Bahujan Samaj Party' (BSP) - Religion und religiöse Themen ziehen als Wahlkampfthemen offenbar nicht mehr und können nicht mehr in Wählerstimmen umgewandelt werden.

Als der eigentliche Gewinner dieser Wahl kann Verteidigungsminister Mulayam Singh Yadav gelten. Zusammen mit Premierminister Deve Gowda bewirkte er einen thematischen Paradigmenwechsel (Entwicklung versus Religion). Zwar konnte die SP im Vergleich zu 1993 insgesamt nur einen Sitz hinzu gewinnen, doch verzeichnete sie einen Stimmenzuwachs von ca. acht Prozent. Die vermochte es nicht, ihre gute Ausgangsposition aus der diesjährigen Lok Sabha Wahl zu verbessern. Die Pattsituation, die sich aus der Sitzverteilung im neuen Landtag von Uttar Pradesh ergibt, spiegelt eine allgemeine Unzufriedenheit der Wähler wider. Die Wähler entschieden sich offensichtlich nicht für den BJP-Slogan eines Referendums gegen die United Front Regierung in New Delhi. In Uttarakhand wählten sie zwar eindeutig die BJP, doch spielen die dortigen Sitze eine nur geringe Rolle in Bezug und im Vergleich zum übrigen Uttar Pradesh. N.D. Tiwari, der als Congress-Rebell eine Abspaltung von der 'Congress'-Partei in den Wahlkampf führte, ist sein politisches Comeback gründlich mißlungen, und er wird sich wohl in absehbarer Zeit wieder der 'Congress'-Partei zuwenden. Die 'Janata Dal' ist nur noch ein Schatten ihrer ruhmvollen Zeit von vor 1989. Konnte sie damals noch 208 Sitze für sich gewinnen, so waren es bei diesen Wahlen nur noch magere sieben Sitze.

Von den angetretenen Kandidaten aller Parteien, hatten 165 einen kriminellen Hintergrund und in Zeitungskommentaren wurde immer wieder auf die gefährliche Verwicklung von Politik und Verbrechen verwiesen. Es kann als ein Hoffnungszeichen gewertet werden, daß es keinem einzigen dieser Kandidaten gelungen ist, in das Landesparlament von Uttar Pradesh einzuziehen.

Die BSP setzte sich mit dem riskanten Pokerspiels ihres Vorsitzenden Kanshi Rams, der seine Lebenspartnerin Mayawati erneut zur 'Chief'-Ministerin machen will, zwischen alle Stühle. Zwar hat die 'Congress'-Partei einer Regierung unter Mayawati ihre Unterstützung zugesagt, doch lehnen sowohl die United Front als auch die BJP jegliche Unterstützung einer solchen Minderheitsregierung ab.

Die sich selbst als säkular bezeichnenden Parteien der 'United Front', die 'Congress'-Partei, die BSP und SP sind sich nur darin einig, daß die BJP nicht die Regierungsgeschäfte in Uttar Pradesh übernehmen darf. Ihre Unfähigkeit, sich jedoch gemeinsam auf eine Koalitionsregierung zu einigen, hat die Zentralregierung in New Delhi veranlaßt, wieder die "president's rule" in Uttar Pradesh auszurufen. Eine naheliegende Maßnahme, die angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in Uttar Pradesh wohl auch unvermeidlich gewesen ist, die jedoch innerhalb der Koalitionsregierung in Delhi heftig umstritten ist. Die in dieser Koalition vertretenen Parteien hatten sich in ihren Wahlkämpfen vehement für eine Abschaffung des Artikels 356 der indischen Verfassung eingesetzt, durch den die Zentralregierung ermächtigt wird, die Regierungsgewalt in einzelnen Bundesstaaten zu übernehmen. Mit der Ausrufung von "president's rule" in Uttar Pradesh hat die Regierung Deve Gowda nun schon zum zweiten mal von diesem Machtinstrument Gebrauch gemacht, nachdem zuvor in Gujarat die dortige BJP-Regierung durch parteiinterne Auseinandersetzungen ihre Parlamentsmehrheit verloren hatte.

Politische Beobachter in Delhi rechnen angesichts der Unfähigkeit der drei wichtigsten Machtblöcke in Uttar Pradesh damit, daß Gouverneur Romesh Bhandari für 1997 Neuwahlen ansetzen könnte.

Klaus Voll

Die allmähliche Entfremdung der Bevölkerung Jammu und Kashmirs, die schließlich in die bewaffneten Konflikte und Auseinandersetzungen der letzten Jahre mündeten, begannen mit der allmählichen Erosion des in Paragraph 370 der indischen Verfassung garantierten Sonderstatus Kashmirs in der indischen Union, der dem Bundesstaat weitgehende Autonomie zusicherte. In der jüngsten Vergangenheit und vor allem im Zusammenhang mit den in diesem Jahr stattgefundenen Wahlen, wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob den Kashmiris dieser bis 1953 geltende Verfassungsstatus wiedergegeben werden soll. Ein Vorschlag, der in weiten Teilen Indiens, und in politischen Kreisen vor allem von der BJP, als Gefahr für die Einheit der Indischen Union vehement zurückgewiesen wird. Einigen Teilen der extremistischen Gruppen in Kashmir geht dieser Vorschlag dagegen nicht weit genug: völlige Unabhängigkeit oder Anschluß an Pakistan sind ihre maximalen Forderungen, die sie auch mit Waffengewalt durchsetzen wollen. Die 'National Conference' dagegen vertritt einen gemäßigten Kurs, der weder eine Rückkehr zum Status von vor 1953 vorsieht, noch eine völlige Herauslösung aus dem Verband der Indischen Union. Abdullah hat jedoch klar gemacht, daß seine N.C. eine Lösung der Kashmir-

frage anstrebt, die innerhalb des nach 1953 entstandenen verfassungsrechtlichen Rahmens liegt. Maximale Autonomie innerhalb der Indischen Union, ist sein politisches Ziel. Sein überwältigender Wahlerfolg kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung Kashmirs einen solchen gemäßigten Kurs unterstützt. Die Wahlen in Kashmir und der Sieg der N.C. beinhalten die große Chance, in der von extremistischen Gewalttätigkeiten gezeichneten Region tatsächlich wieder Frieden zu schaffen. Die Zentralregierung in Delhi und die neue Landesregierung Kashmirs müssen nun schnellstmöglich Gespräche aufnehmen und weitgehende Autonomie für Kashmir aushandeln, wollen sie diese Chance nicht wieder leichtfertig verspielen.

Militärische Kooperation zwischen Frankreich und Indien

Indischen Presseberichten zufolge hat Frankreich sein Interesse bekundet, seine militärische Zusammenarbeit mit Indien zu vertiefen. Im vergangenen Jahr hatte ein Treffen zwischen Benazir Bhutto und Präsident Jacques Chirac kurzfristig die indisch-französischen Beziehungen belastet, nachdem Bhutto ein Abkommen über die Lieferung von 40 französischen Kampfflugzeugen

nach Pakistan bekannt gab. Die indische Regierung hatte daraufhin ein seit langem geplantes Treffen der "indisch-französischen Arbeitsgruppe" abgesagt, um damit zu signalisieren, daß man sich über die engen Beziehungen zwischen Frankreich und Pakistan Sorgen mache. Im französischen Außen- und Verteidigungsministerium zeigt man wenig Verständnis für die indische Reaktion. Wie aus Frankreich verlautete, handelt es sich hierbei lediglich um eine Absichtserklärung, von einem Vertragsabschluß sei man noch weit entfernt. Frankreich bekundete sein Interesse, auch seine Beziehungen zu Indien zu vertiefen und militärische Ausrüstung, insbesondere für die Luftwaffe und die indische Marine, zu liefern.

Rechte Frauenpower

Etwa 5.000 Frauen und Mädchen - allesamt Mitglieder des Frauenflügels der rechten 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) - demonstrierten vor kurzem ihre Kampfbereitschaft. Im Dr. Ambedkar-Stadion, vor den Toren Old Delhis, exerzierten und marschierten sie, huldigten der "Göttin der Macht" und hißten mit militärischem Zeremoniell die Safranflagge. Fern jeder Jeanskultur defilierten sie in weiße Saris gekleidet an ihrer Führungsriege vorbei, zu der auch



Etwa 5.000 Frauen und Mädchen - allesamt Mitglieder des Frauenflügels der rechten 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) - demonstrierten vor kurzem ihre Kampfbereitschaft (Foto: Klaus Voll)

die Vizepräsidentin der hindu-chauvinistischen 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP), Rajmata Scindia, gehört. In einem militärischem Kampfspiel besiegten sie die "Feinde Indiens, die von außen Kashmir bedrohen" und beschworen eine glorreiche Zukunft des Landes: "Unsere Land wird das erste und das beste Land auf der Welt sein."

Schadenersatz von Lufthansa

Nachdem im Sommer 'Lufthansa' den Vertrag mit der privaten indischen Fluglinie 'ModiLuft' gekündigt hatte (siehe 'Südasiens', 6/96), hat nun das indische Flugunternehmen seine Anwälte beauftragt, eine Schadenersatzklage gegen 'Lufthansa' in einer Höhe von 100 Millionen US-Dollar einzureichen. 'ModiLuft' reagiert mit diesem Schritt auf eine Eingabe beim 'High Court' in Bombay, mit der 'Lufthansa' die Herausgabe der drei an 'ModiLuft' geleasten Flugzeuge einfordert. Während 'Lufthansa' ihrem ehemaligen indischen Geschäftspartner vorwirft, die Leasingraten für die Flugzeuge nicht vollständig gezahlt zu haben, weist 'ModiLuft' solche Vorwürfe zurück und vertritt die Auffassung, daß die Leasingverträge noch bis Ende 1996 gelten. Wie aus 'ModiLuft'-Kreisen bekannt wurde, wird die Schadenersatzforderung zunächst noch zurückgehalten, um eine außergesetzliche Einigung mit 'Lufthansa' zu ermöglichen.

Hindu-Fanatiker gegen Künstler

Zu heftigen Protesten von Künstlern



Michael Jackson gemeinsam mit dem Hindu-Rassisten Bal Thackeray (Foto: 'Outlook', Delhi)

und Intellektuellen und Kontroversen um die Freiheit und Unabhängigkeit der Kunst haben die Angriffe rechter Hindu-Fanatiker auf den indischen Maler und Bildhauer M.F. Husain geführt. Anfang Oktober stürmten Aktivisten der 'Bajrang Dal', einer hindu-militanten Organisation, eine Kunstgalerie in Ahmedabad. Nach Angaben des Galerie-managers wurden bei dem Überfall Kunstwerke im Wert von über 15 Millionen Rupien zerstört. Dieser Überfall ist der vorläufige Höhepunkt von bisher verbalen Attacken gegen einen nicht unumstrittenen Künstler. Sie war im September durch einen Zeitungsartikel ausgelöst worden. Der mit der Frage "Ist er (Husain) ein Maler oder ein Schlachter?" überschriebene Artikel bezog sich auf ein schon vor etwa 20 Jahren entstandenes Gemälde Husains, das die hinduistische Gottheit 'Saraswati' nackt zeigt. Nach der Lektüre dieses Artikels informierte der zur 'Shiv Sena' gehörende Kulturminister Maharashtra, Pramod Navalkar, die Polizei von Bombay die daraufhin eine offizielle Untersuchung des 'Fall Husain' wegen Verletzung religiöser Gefühle begann.

In der sich anschließenden öffentlichen Diskussion wiesen konservative Hinduvertreter immer wieder auf die verletzten religiösen Gefühle der Hindus hin. Kritiker versuchten, diese Argumente als scheinheilig zu entlarven und wiesen darauf hin, daß es wohl kein historisches Monument in Indien gebe, in dem Skulpturen von Saraswati oder anderen Gottheiten bekleidet darstellen würden. Andere Kritiker wiesen darauf hin, daß es um die künstlerische Freiheit

und deren Unabhängigkeit von Politik ginge. Prominente Wissenschaftler wiesen auf die kommunalistischen und politischen Implikationen der Kampagne gegen Husain hin. Husain ist Muslim, und die Galerie, die von den Hindu-Fanatikern für ihre Zerstörungswut gewählt wurde, befindet sich in dem für kommunalistische Spannungen sehr anfälligen Ahmedabad. Wie die Unterstützung der 'Shiv Sena' für das Michael Jackson Konzert in Bombay zeigt, geht es der Hindupartei wohl nicht um traditionelle kulturelle Werte. Die Angriffe gegen Husain dienen lediglich dem politischen Zweck, einen weiteren Keil in die hindu-muslimischen Beziehungen in Indien zu treiben.

Michael Jackson und die 'Shiv Sena'

Großes Medieninteresse und politische Kontroversen hat ein Auftritt von Michael Jackson Anfang November in Bombay ausgelöst. Kern der Auseinandersetzungen war die Vereinbarung der Konzertveranstalter mit einer der 'Shiv Sena' nahestehenden Organisation, wonach diese 85 Prozent der Nettoerlöse des Konzerts in einer Gesamthöhe von (geschätzten) 40 Millionen Rupien erhalten soll. Um solch hohe Einnahmen zu sichern, hat die in Maharashtra regierende 'Shiv Sena'-Regierung das Konzert von der Vergnügungssteuer befreit. Nur knapp eine Woche vor dem musikalischen "Großereignis" hatte Raj Thackeray, ein Neffe des 'Shiv Sena'-Vorsitzenden Bal Thackeray, eine Nichtregierungsorganisation, 'Shiv Udyog Sena', gegründet, die Beschäftigungsprogramme durchführen will. Bal Thackeray, der bisher eher als Gegner westlicher Kultureinflüsse aufgetreten ist, verteidigte die Unterstützung des Konzerts durch seine 'Shiv Sena' damit, daß dieses ja einem guten Zweck diene. Diese Aussagen, und die in diesem Zusammenhang von Thackeray ausgesprochene Unterstützung der "Miss World"-Wahlen in Bangalore, sind von hindu-konservativen und nationalistischen Verbündeten der 'Shiv Sena' scharf kritisiert worden. Diese richtet sich nicht nur gegen die "Invasion westlicher Kultur", sondern auch gegen die finanziellen Vereinbarungen zwischen der 'Shiv Sena' und den Konzertorganisatoren. Gegen die Befreiung von der Vergnügungssteuer sind inzwischen Klagen beim Obersten Gericht in Bombay eingereicht worden, auf welche die Veranstalter mit einer Erklärung reagiert haben, wonach sie mit dem Konzert mehrere Millionen Rupien Verlust gemacht hätten. Von den 60.000 Zuhörern im Stadion von Andheri, hätten nur 15.000 Tickets erworben,

Audio Kasette über Kinder in Bombay

"Wenn einer eine Reise tut, dann kann er viel erzählen", sagt der Volksmund. Im Zeitalter von Multi-Media, Privatfernsehen und Internet kommt das (Zu-)Hören mehr und mehr aus der Mode - oder doch nicht? Die neuen Trends deuten darauf hin, daß das Zuhören-Können doch wieder gefragt ist: Literaturkassetten, Hörspiele für Erwachsene und für Kinder werden mit großen Steigerungsraten nachgefragt, der Umsatz bei CD-ROM dagegen stagniert. Nicht dieser Trend, sondern vielmehr die Überzeugung, Kindern wirklich etwas erzählen zu können, war die Motivation des Pan-Theaters, Stücke zu produzieren die neu, spannend und außerdem informativ sind. REISEN ZUM HÖREN ist eine neue Reihe, die im eigenen Studio in Haseldorf bei Hamburg produziert wird und sich an Kinder ab etwa acht Jahren wendet. Die Reihe berichtet über Reisen in die "Dritte Welt". Selbst-erlebtes wird erzählt, gespielt, mit Originaltönen dokumentiert. Die erste Kasette der Reihe, Strassenjungs - Erkundungen in Indien, ist soeben erschienen. Die Hamburger Schauspieler Andreas Peckelsen und Andreas Derda reisten nach Indien und trafen dort Kinder, die nicht zur Schule gehen, sondern ganz anders lernen. Sie begegneten Jungs, die in der 12-Millionen-Metropole Bombay ohne ihre Eltern auf der Straße leben. Auf dem Land sprachen sie mit Kindern, die schon arbeiten wie die Großen. Zurück von dieser Reise, wollen die beiden Schauspieler berichten, was sie erlebt haben. Poetisch und spannend erzählen und spielen sie ihre Erlebnisse mit indischen Kindern. Die Kasette kostet 19,80 zuzügl. 3,50 Versand. Bezug: Büro für Kultur- und Medienprojekte, Postfach 500161, 22701 Hamburg, FAX: 040-3902564.

die übrigen 45.000 Karten seien Freikarten gewesen, die sie an die örtliche Behörden verteilt hätten, um deren Kooperation bei der Vorbereitung des Konzerte zu sichern.

Ernüchterung über indischen Markt

Unter ausländischen Investoren, die internationale Markenprodukte in Indien produzieren und verkaufen, macht sich Ernüchterung breit. Die Kaufkraft und Kaufbereitschaft der vielfach gerühmten indischen Mittelklasse bleibt weit hinter

den Erwartungen zurück, die von den Unternehmen vor der Einführung ihrer Produkte gehegt wurden. Von den 12.000 Buchungen für den Mercedes 220E, der in Zusammenarbeit mit TELCO in Pune gebaut wird, sind über 7.100 zurückgezogen worden, und die Produktion mußte von 15 auf sieben Autos pro Tag zurückgefahren werden.

Unterhaltungselektronik Gigant 'Sony' hat große Schwierigkeiten, gegen indische Produzenten wie 'Videocon' und 'BPL' seinen Marktanteil im Fernsehgerätemarkt auf über vier Prozent auszubauen. Sportartikelhersteller 'Reebok' sieht sich gezwungen, seine Preispolitik zu ändern und Sportschuhe auf den Markt zu bringen, deren Preis deutlich unter 1.000 Rupien liegt. Als 'Pierre Cardin' begann, Bekleidungsartikel in Indien zu verkaufen, ging das Unternehmen von jährlichen Umsätzen von einer Milliarde Rupien aus. Inzwischen hat man die Erwartungen stark zurückgeschraubt. Einer Studie des 'National Council of Applied Economic Research' über das Konsumverhalten in Indien zufolge, haben 1993/94 nur etwa 600.000 Haushalte ein Jahreseinkommen von über einer Million Rupien erzielt (ca. 45.000 DM), nur 75.000 Haushalte hatten ein Einkommen von mehr als fünf Millionen Rupien. Selbst wenn sich die Anzahl der Haushalte mit Einkommen in dieser Höhe auf eine Million erhöht haben sollte, zeigen diese Zahlen, daß der indische Markt im Grunde zu klein ist für Luxuskonsumgüter, deren Preise am Weltmarktniveau ausgerichtet sind.

Trotz der offensichtlich notwendigen Neueinschätzung der Potentiale des indischen Marktes ist das Interesse ausländischer Investoren offenbar ungebrochen. So wurden unter der neuen Regierung, die sich in ihren offiziellen Erklärungen zwar nicht eindeutig gegen ausländische Direktinvestitionen ausspricht, diese aber auf ein absolut notwendiges Minimum beschränken will, in den letzten drei Monaten Investitionsvorhaben ausländischer Unternehmen von 150 Milliarden Rupien genehmigt. Hält dieser Trend an, werden es in zwölf Monaten mehr sein, als in den vergangenen fünf Jahren der 'Congress'-Regierung unter Narasimha Rao. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß davon nur ein relativ geringer Anteil auch verwirklicht wird.

'Enron' verunsichert amerikanische Investoren

Während einer Pressekonferenz in Bombay betonte der US-amerikanische Botschafter in Indien, Frank Wisner, daß amerikanische Firmen grundsätzlich ein großes Interesse daran hätten, in Indien

zu investieren. Die USA betrachteten Indien als einen der zehn wichtigsten Zukunftsmärkte. Angesichts der Kontroverse um das 'Enron'-Kraftwerk in Maharashtra sei es jedoch schwierig, vor allem amerikanische Elektrizitätsunternehmen davon zu überzeugen, daß sich Investitionen in Indien lohnten. "Das Projekt schwebt wie ein schwarzer Schatten über Indien, während die ganze Welt beobachtet, wie sich der indische Energiesektor entwickelt," so Wisner zu den Journalisten.

Neue Regierung in Gujarat

Nach monatelangen politischen Auseinandersetzungen ist in Gujarat Ende Oktober eine neue Landesregierung vereidigt worden. Neuer Ministerpräsident ist Shankarsinh Vaghela, der im Sommer nach seinem Ausschluß aus der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) eine eigene Partei, die 'Rashtriya Janata Party' (RJP) gegründet hatte (siehe 'Südasiens', 6/96). Zwar hatte die BJP bis zum Schluß behauptet, auch nach der Abspaltung Vaghelas und seiner Anhänger noch über die Unterstützung von 94 Abgeordneten (von insgesamt 181) im Landesparlament zu verfügen, doch ist es ihr nicht gelungen, diese Angabe dem Gouverneur, Krishna Pal Singh, gegenüber zu beweisen. Nach einer mehrwöchigen "president's rule" Phase während der Regierung und Verwaltung des Bundesstaates der Zentralregierung in New Delhi unterstellt waren, ist es nun an der 'Maha Gujarat Janata Party', dem parlamentarischen Flügel der RJP, 43 Abgeordnete auf ihre Seite zu ziehen. Weitere 13 unabhängige Abgeordnete und die 45 Abgeordneten der 'Congress'-Partei haben zugesagt, die MGJP zu unterstützen.

Surat: Eine Stadt befreit sich vom Unrat

Als im Sommer 1994 in Surat die Pest ausbrach, wurde die Stadt in Gujarat zu einem Sinnbild für die unhaltbaren hygienischen Zustände indischer Städte, die vor allem auf eine völlig unzureichende Müllentsorgung zurückzuführen sind. Vor kurzem hat der 'Indian National Trust for Architectural and Cultural Heritage' (INTAC) Surat zu einer der saubersten Städte erklärt. Die städtische Müllabfuhr wurde verbessert und die gesammelte Abfallmenge hat sich in den letzten eineinhalb Jahren verdoppelt. Ein erster Erfolg dieser 'Säuberungsaktion' ist ein Rückgang von Malariainfektionen von 20.000 in 1994 auf unter 2.000 in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. In vielen Slumgebieten wurden das Abwassersystem und die Trinkwasserversorgung

modernisiert und die Ausstattung mit Toiletten verbessert.

Zur Finanzierung hat S.R. Rao, der 1995 sein Amt als 'municipal commissioner' antrat, vor allem die in der Stadt heimischen Diamantenhändler gezwungen, Steuerrückstände in einer Gesamthöhe von über 700 Millionen Rupien zu begleichen. Zur Motivation seiner Mitarbeiter hat Rao in den ersten Monaten seiner Amtszeit immer wieder selbst mit Hand angelegt und Abfall und Unrat auf Müllwagen geschaufelt. Restaurants, Händler, Hausbesitzer und -bewohner müssen nun damit rechnen, für Verschmutzungen in ihrem unmittelbaren räumlichen Umfeld zur Verantwortung gezogen zu werden.

Wirtschaftshilfe für die "Sieben Schwestern"

Umfassende Wirtschaftshilfe hat Premierminister Gowda den sieben Bundesstaaten im Nordosten Indiens zugesagt. Während eines sechstägigen Blitzbesuches bot er den verschiedenen im Nordosten aktiven Extremistengruppen Gespräche ohne jegliche Vorbedingungen an und verkündete ein wirtschaftliches Hilfsprogramm in einer Gesamthöhe von 61 Milliarden Rupien, mit dem der im Vergleich zum übrigen Indien niedrige Entwicklungsstand des Nordostens überwunden werden soll. Alle Ministerien der Zentralregierung in Delhi sollen zehn Prozent ihrer jeweiligen Budgets für Entwicklungsprogramme im Nordosten reservieren. Ein Expertenkomitee soll die schwersten Entwicklungsprobleme untersuchen und ihr Augenmerk dabei vor allem auf Mängel in der Verkehrsinfrastruktur, der Energieversorgung und der Telekommunikation, des Bildungswesens und der Landwirtschaft richten.

Einen Hoffnungsschimmer brachte der Besuch des Premierministers in Nagaland, wo er Journalisten gegenüber andeutete, seine Regierung stelle Überlegungen an, das Verbot des 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), das in mehrere miteinander verfeindete Fraktionen gespalten ist, aufzuheben. "Ich bin persönlich an der zügigen Entwicklung der Region interessiert und werde dafür sorgen, daß die verschiedenen hierfür gedachten Programme bald umgesetzt werden," versprach er. Ob er dieses Versprechen halten wird, bleibt abzuwarten, denn seine Reise und die gemachten politischen Absichtserklärungen, riefen insbesondere in Assam auch Widerspruch und Unmut hervor. Neben seinen Äußerungen in der 'Bodoland'-Frage (siehe nächste Meldung), richtet sich die Kritik vor allem gegen seine Ankündigung, das ausschließlich in Assam geltende "Gesetz

über die Identifizierung illegaler Einwanderer" von 1983 abzuschaffen. Während im gesamten übrigen Indien der 'Foreigners Act' gilt, wonach jeder der illegalen Immigration Verdächtige beweisen muß, daß er indischer Staatsbürger ist, sieht das Gesetz in Assam vor, daß der Kläger nachweisen muß, daß der Beschuldigte tatsächlich ein Einwanderer ist.

Während Gowda mit seiner Erklärung den Forderungen der 'All Assam Student Union' erfüllt, die seit Jahren gegen illegale Einwanderer agitiert, befürchten tribale und andere Minderheiten, vor allem Muslime, durch die Übernahme des 'Foreigners Act' in Assam, eine Welle von Anschuldigungen und Nachstellungen durch Gruppen, die entschlossen sind, die Zahl der illegalen Einwanderer in Assam zu verringern.

Keine Chance für 'Bodoland'?

Mit dem im August abgegebenen Versprechen, seine Regierung werde die Gründung eines Bundesstaates 'Uttarakhand' unterstützen, hat Premierminister Gowda nicht nur den Uttarakhandis neue Hoffnung auf mehr Eigenständigkeit gegeben. Auch in weiten Gebieten Zentralindiens, in Darjeeling und in Assam wurden diese Äußerungen aufmerksam verfolgt. Sind es hier die Befürworter eines Bundesstaates Jharkhand, sind es dort die einen eigenen Staat fordernden Gurkhas und Bodos, die sich nun Hoffnung machen, auch ihre Forderungen nach eigenen Bundesstaaten könnten bei der Regierung in Delhi Gehör finden. Doch bisher hat Gowda keinerlei Hinweise darauf gegeben, daß seine Regierung ein solches Angebot auch für andere Regionen machen werde.

Die Bodos in Assam haben inzwischen angekündigt, daß sie ihre Agitationen für einen eigenen Staat verstärken werden. "Wenn die Zentralregierung in Delhi unseren Forderungen weiterhin so gleichgültig gegenübersteht, ist eine Eskalation der Gewalt nicht auszuschließen", teilte U.G. Brahma, der Präsident der 'All Bodo Students Union' (ABSU), der Presse mit. Nach dem Scheitern des im Februar 1993 vereinbarten 'Bodo Autonomous Council' (BAC), werden sich die Aktivisten der ABSU nicht mit weniger als einem eigenen Bundesstaat 'Bodoland' zufriedenen geben. Auf einer Massenkundgebung Ende Oktober in Guwahati war zum ersten Mal seit über zehn Jahren wieder die Forderung nach einer Teilung Assams zu hören. Angesichts der Haltung der im vergangenen Sommer neu gewählten Regierung der 'Ahom Gana Parishad' (AGP) ist kaum mit einer baldigen Lösung des Konfliktes zu rechnen. Mahanta lehnt einen eige-

nen Bodostaat strikt ab und fördert statt dessen eine mit der ABSU rivalisierende Bodopartei. Die 'Peoples Democratic Front' (PDF) regiert zur Zeit das von der ABSU abgelehnte und nicht anerkannte 'Bodo Autonomous Council' und gibt offen zu, enge Verbindungen zu der extremistischen 'Bodo Security Force' zu haben, die in der jüngsten Vergangenheit immer wieder durch brutale Übergriffe gegen Angehörige anderer Ethnien versucht hat, dem Anspruch der Bodos auf umstrittene Dörfer im BAC Nachdruck zu verleihen. Mahanta wird nicht umhin kommen, auch mit der ABSU und deren Verbündete über die Forderungen der Bodos zu verhandeln, denn ohne deren Zustimmung wird es keine dauerhafte Lösung des Konfliktes geben.

Gemeinsames Einreisevisum für SAARC-Staaten?

Indien ist an der Einführung eines gemeinsamen Einreisevisums für alle SAARC-Staaten interessiert. Wie der Staatssekretär im Tourismusministerium während einer SAARC-Tagung des Tourismusrates der Industrie und Handelskammer hervorhob, wäre eine solches Visum ein wichtiger Schritt für eine weitere Förderung des Tourismus in den SAARC-Staaten. Ein solches gemeinsames Einreisevisum könnte nach indischen Vorstellungen dem Vorbild des Schengener Abkommens nachempfunden werden.

Umstrittener Freispruch schwerer Rückschlag für Frauenbewegung

Am 4. September 1987 starb Roop Kanwar in den Flammen des Scheiterhaufens, auf dem der Leichnam ihres Ehemannes eingeäschert werden sollte. Neun Jahre später, Anfang Oktober 1996, hat ein Gericht in Rajasthan 21 des Mordes an der jungen Frau Angeklagte wegen "Mangel an Beweisen" freigesprochen. Der Fall ihres angeblich freiwilligen Flammentodes hatte damals weltweit für Aufsehen gesorgt. Für indische Frauen- und Menschenrechtsorganisationen stand fest, daß es sich nicht um einen Freitod, sondern um brutalen Mord handelte. Ihrer Auffassung nach sprechen alle Indizien dafür, daß Roop Kanwar von der Familie ihres verstorbenen Ehemannes auf den Scheiterhaufen gezwungen wurde. Augenzeugen berichteten, junge Männer des Dorfes hätten das Feuer mit gezogenen Schwertern bewacht, um zu verhindern, daß Roop Kanwar den Flammen entkommt oder daß ihr jemand zu Hilfe kommen konnte. Einem Bericht der 'Bombay Union of Journalists' zufolge, der kurz nach der Verbrennung erstellt wurde, hat die junge Witwe versucht, sich zu verstec-

ken. Ein von der Frauenzeitschrift 'Manushi' entsandtes Untersuchungsteam wies auf die Möglichkeit hin, daß Roop Kanwar vor ihrem Tod unter Drogen gesetzt wurde, damit sie auf dem Weg zu ihrer Verbrennung keinen Widerstand leisten konnte. Die Kritik an dem Urteil und dem Gerichtsverfahren richtet sich vor allem gegen die Untersuchungsbehörden und Anklagevertreter die sich nicht bemüht haben, die von diesen journalistischen Untersuchungsteams zitierten Zeugen zu befragen.

In konservativen Hindukreisen wird der Tod Roop Kanwars inzwischen mystifiziert und glorifiziert, und Landespolitiker verschiedener Parteien haben durch ihr Verhalten in den letzten Jahren deutlich gemacht, daß 'Sati' oder 'Witwenverbrennung' eine achtenswerte hinduistische Tradition ist. Ministerpräsident von Rajasthan, Bhairon Singh Shekhawat, nahm an den religiösen Feierlichkeiten teil, die am ersten Jahrestag des Todes von Roop Kanwar in ihrem Dorf durchgeführt wurden. Ihr Todestag

ist inzwischen zu einer Art Feiertag geworden, an dem Tausende von Hindu-Pilgern den Ort besuchen, an dem die junge Frau den Flammentod fand, um das traditionelle Frauenideal der hinduistischen Gesellschaft zu zelebrieren.

Frauengruppen und Menschenrechtler haben die Landesregierung Rajasthans inzwischen zu einem Berufungsverfahren bewegt, da sie nichts unversucht lassen wollen, die am Tode von Roop Kanwar Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Kreuzfeuer Schönheitskult

Der "Miss World"-Wettbewerb mit Teilnehmern aus 89 Ländern am 23. November 1996 in Bangalore erhitze schon lange zuvor die Gemüter. In der Tempelstadt Madurai verbrannte sich ein 24-jähriger junger Mann aus Protest gegen die Schönheitskonkurrenz. Große Demonstrationen, das mutwillige Zerstören von Büros der Veranstalter durch junge Frauen, Bombenanschläge und angedrohte Selbstmord-Kommandos für den Schlußtag machten deutlich, wie sehr die Wahl der schönsten Frau des Jahres 1996 große Teile der indischen Gesellschaft verärgerte. Die in Bangalore in einem Fünfsterne-Hotel geradezu kasernierten Schönheitsköniginnen mußten zuvor auf die Seychellen ausweichen, um dort von den Preisrichtern in ihren in Bangalore verpönten Schwimmbädern begutachtet zu werden.

In den letzten drei Monaten wurde das Ebenbild von Indiens Mega-Star Amitabh Bachchan, der mit seiner 'Amitabh Bachchan Corporation Ltd.' (ABCL) den Wettbewerb organisierte, mehrfach öffentlich verbrannt. Amitabh Bachchan, einst enger Freund Rajiv Gandhis und Mitte der 80er Jahre auch kurze Zeit 'Congress(I)'-Unterhausabgeordneter, beklagte sich öffentlich, daß "politische Kräfte und ihre Organisationen erheblichen Druck auf ein unbedeutendes Individuum wie mich ausüben". Die Schau kostete ca. 15 Millionen DM. Amitabh Bachchan sagte angesichts der Proteste ungerührt: "Viele meinen, Indien sei ein rückständiges und primitives Land. Ich will mit meiner das kulturelle Erbe Indiens betonenden Schau der Welt das Gegenteil beweisen". Die Wahl der diesjährigen Schönheitskönigin findet vor der nachgebildeten Kulisse von Hampi, einer der schönsten indischen Tempelstädte statt.

Das hohe Sicherheitsaufgebot verwandelte ganz Bangalore, das indische "Silicon Valley", geradezu in ein Gefängnis. 12.000 Sicherheitskräfte sollten die Besucher, die für ihre Eintrittskarten umgerechnet zwischen 80 und 1.100 DM hinblättern mußten, schützen.

Der oberste Gerichtshof des Bundesstaates Karnataka machte den Veranstaltern folgende Auflagen: Die Körper der Teilnehmerinnen dürfen nicht nackt oder obszön zur Schau gestellt werden. Weder die Teilnehmerinnen noch die Zuschauer dürfen in der Öffentlichkeit Alkohol trinken. Das Gericht erlaubte ausdrücklich demokratische Proteste der Gegner des Wettbewerbs. Dieses Urteil wurde 48 Stunden vor Beginn der Veranstaltung vom Obersten Gerichtshof ('Supreme Court') Indiens aufgehoben. Die zunehmend öfter in das öffentliche Leben Indiens eingreifende Justiz dürfte jedoch im Lande des Kama Sutra überfordert sein, zum Wächter einer rigiden Mittelschichtsmoral zu werden.

M.D. Nanhudaswami, der Karnatakas Bauern in den letzten Jahren auch mit fremdenfeindlichen Parolen mobilisierte und zusammen mit Maneka Gandhi gegen die Eröffnung eines Restaurants von 'Kentucky Fried Chicken' in Bangalore vorging, meint: "Heute ist es der Schönheitswettbewerb, der nichts anderes als den Versuch multinationaler Konzerne darstellt, mit ihren Waren zu hausieren. Morgen wird es die Pornographie sein." Die BJP in Karnataka verurteilte den Wettbewerb als ein "grausames und Abscheu erregendes Mittel zur Ausbeutung und Kommerzialisierung von Frauen." Dies sei Teil einer "kulturell korrumpierenden Globalisierung, die die große Hindu-Tradition zerstören wird". Die frühere kommunistische Unterhaus-Abgeordnete Subashini Ali verkündete vor 4.000 CPI/M-Aktivistinnen, die eine Stassenblockade errichteten, daß "das Land im Namen von Frauenemanzipation an die Multinationalen Konzerne verkauft wird. Weibliche Werte werden auf ihre physischen Attribute reduziert".

Die moralische Kritik am Wettbewerb offenbart Reminiszenzen an das "Viktorianische Zeitalter" und enthüllt nach Ansicht von Kritikern eine "Doppelmoral". Indiens populärste Sängerin Lata Mangeshkar verweist auf die freizügige Darstellung von Frauen und die überaus brutalen Gewaltszenen in vielen indischen Filmen. Dagegen werde nach ihrer Ansicht nicht protestiert.